

Weltrundschau : Friedensstrategie? ; USA-Neger im Kampf ; Die feindlichen Brüder ; Die Chinesen trumpfen auf ; Der revolutionäre Kampf ; Wer hat recht? ; Nachtrag

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **57 (1963)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

freundliches Wort mit Castro reden sollen, etwa derart: «Wir haben gesündigt und sind zum Teil für eure Revolution verantwortlich. Nach der spanischen Herrschaft kauften wir euer Land für einen Pappentitel. Wir unterstützten Batista und andere seinesgleichen und profitierten davon, daß sie euer Volk ausbeuteten. Das tut uns leid. Wir bitten um Verzeihung. Wir wollen euch nun behilflich sein, in Kuba eine echte Demokratie aufzubauen. Weil wir verantwortlich sind, werden wir eure enteigneten Bodenbesitzer und Ol Raffinerien entschädigen. Wir werden weiter euren Zucker abnehmen und euch helfen, eure Wirtschaft auf die Beine zu bringen, Schulen und Spitäler zu bauen, einen feinen Gesundheitsdienst zu errichten und ein Wohnbauprogramm auszuarbeiten, *damit soziale Gerechtigkeit geschehe*.

Unser Anerbieten enthält keine Bedingungen. Ihr seid frei, eigene Wege zu gehen und eure Insel zu regieren, wie es euch paßt. Wir werden unseren Marinestützpunkt auf Kuba aufgeben und euch in keiner Weise molestieren, einschüchtern oder bedrohen. Falls ihr ein gewisses Maß an Sozialismus wollt, so ist das eure Sache, wie es die Sache Englands oder Schwedens ist. Ihr seid unsere Brüder und Schwestern, und wir wünschen euch herzlich alles Gute.»

Dies wäre die Haltung eines Staatsmannes gewesen.

Was in Wirklichkeit geschah, war eine Fortsetzung der schmutzigen Wall-Street-Politik und die Verantwortlichen bekamen, was sie verdienten. Sie haben es nur sich selbst zu verdanken. R. Little

WELTRUNDSCHAU

Friedensstrategie? Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten hat in den letzten Wochen wiederum viele Leute durch ihre anscheinende oder wirkliche Widersprüchlichkeit verwirrt. Ihr Hauptsprecher, Präsident Kennedy, hatte am 10. Juni in der Universität Washington eine Rede gehalten, die als eine Art Friedenskundgebung im Geist des letzten Rundschreibens von Papst Johannes aufgefaßt werden konnte. Er sprach darin von der Notwendigkeit, über den Kalten Krieg hinauszukommen, die gegenseitigen Vorwürfe im Verkehr der beiden großen Mächtegruppen einzustellen, den Friedenswillen auch der Russen anzuerkennen, mit denen Amerika nie Krieg geführt habe, und die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion neu zu «überprüfen». Nachdrücklich redete er einer «Friedensstrategie» der NATO das Wort und versprach, daß die Vereinigten Staaten nicht als erste Macht die Atomwaffenversuche in der Luft wiederaufnehmen, vielmehr eine ernste Anstrengung machen würden, um mit der Sowjetunion zu einem Abkommen über den beidseitigen Verzicht auf alle Versuche mit Kernwaffen zu gelangen.

Wenige Wochen darauf redete der gleiche Kennedy in Frankfurt, Bonn und besonders in Westberlin wieder wie ein Führer des Kalten Krieges. Er stellte in den Mittelpunkt seiner Kundgebungen die militärische Stärkung des Westens gegenüber der «Angriffsgefahr aus dem Osten», versicherte besonders die Westdeutschen der unbedingten und vollen Unterstützung durch Amerika gegen jede Bedrohung seitens «der Länder, die durch Tyrannei unterdrückt sind», und forderte «die Leute, die behaupten, man könne mit den Kommunisten zusammenarbeiten», zu einer Besichtigung der Berliner Mauer auf. Wie reimt sich *diese* Sprache auf die von Washington?

Zunächst ist darauf zu antworten, daß der Widerspruch nicht so groß ist, wie es scheint. Auch in Washington schlug Kennedy kriegerische Töne an, so wenn er behauptete, die Hauptursache der west-östlichen Spannung sei «der Versuch der Kommunisten, anderen ihr politisches und wirtschaftliches System aufzuzwingen». Und auch in Frankfurt sprach er von «dem Tag, wo ein wirklicher Friede zwischen uns und den Kommunisten möglich sein wird» — was die Dogmatiker des Kalten Krieges einigermaßen beunruhigt hat. Sodann aber muß man immer daran denken, daß Kennedy, auch wenn er im Ernst eine «Friedensstrategie» entwickeln möchte, nie den Präsidentschaftswahlkampf vom nächsten Jahr aus dem Auge verliert, in dem er von vornherein erledigt wäre, wenn er nicht dem antikommunistischen Scharfmachertum der «öffentlichen Meinung» seines Landes und dem dahinter stehenden Lebens- und Ausdehnungswillen des amerikanischen Kapitalismus Rechnung trüge. Ein «bedeutender Beamter» der Washingtoner Regierung sagte letzthin (nach «US News & World Report» vom 1. Juli) ganz offen, Justizminister Robert Kennedy «denke an nichts anderes als an die politischen Geschicke der Familie Kennedy» — und der Präsident selbst, sein Bruder, dürfte genau so denken. Das heißt aber, daß er sich gezwungen fühlte, auf seiner Europareise die unverrückbar kämpferische Frontstellung Amerikas gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten mit äußerster Entschiedenheit klarzumachen.

Dies um so mehr, als die politischen Geschäfte der Vereinigten Staaten in der Welt gegenwärtig nicht zum Besten stehen. Der kanadische Nachbar scheint auch unter der neuen (liberalen) Regierung kein zuverlässigerer Bundesgenosse zu sein als unter der alten. Kuba bleibt fest auf der Seite der Oststaaten. Im übrigen Lateinamerika sind die USA nirgends gut angeschrieben; Brasilien macht sogar Miene, sich an die Sowjetunion zu halten, wenn es nicht genug nordamerikanisches Geld bekomme. Der Krieg in Vietnam steht für die Vereinigten Staaten schlecht. Laos, Thailand und Kambodscha sind dauernd unsichere Posten; in Burma hat Washington bald so wenig mehr zu sagen wie in Pakistan, und Indien läßt sich aus seiner Neutralität kaum mehr herauslocken. Bleibt so einzig Westeuropa. Hier ist aber mit de Gaulles Frankreich schon längst nichts mehr zu machen. Die kon-

servative Regierung Großbritanniens andererseits, bei der Kennedy schnell lotete, wankt aufs Bedenklichste. Und in Italien wurde der amerikanische Gast meist sehr kühl aufgenommen, abgesehen davon, daß die dortige neue Regierung nur ein Übergangskabinett ist. Einzig und allein *Westdeutschland* bot sich ihm als günstiges Operationsfeld an — und er nützte seine Möglichkeiten denn auch ungehemmt aus. Mit entsprechendem Erfolg, wie man weiß.

Es war freilich ein billiger Erfolg; denn daß die Westdeutschen begeistert waren, den großen Feind in zwei Weltkriegen nun auf ihrer Seite zu sehen und ihr schlechtes Gewissen von der Hitlerzeit her betäuben zu dürfen, ist ja selbstverständlich. Aber es war auch ein gefährlicher Erfolg. Er hat das Selbstbewußtsein und die Tatenlust der Westdeutschen nicht wenig gehoben, hat ihnen angesichts der *Extrator de Gaulles* ihre Unentbehrlichkeit für Amerika endgültig klargemacht und andererseits die Vereinigten Staaten sichtbarer als je auf die bundesrepublikanische Ostpolitik festgelegt. Was aber diese Ostpolitik zum Ziel hat, braucht man kaum noch besonders hervorzuheben: Aufsaugung der DDR durch die Bundesrepublik, Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften in Ostdeutschland samt Verbot der kommunistischen Organisationen, Verschiebung der Grenzen des Westblocks bis zu Oder und Neiße, Zurückführung der 1945 verlorenen deutschen Ostprovinzen zum geeinigten Reich, «Befreiung» der Ostvölker von der Weichsel bis zum Ural, ja zum Gelben Meer, Öffnung eines gewaltigen osteuropäisch-asiatischen Kolonisations- und Herrschaftsraumes für den Westen.

Indem Kennedy so die amerikanische Ostpolitik aufs neue mit der westdeutschen verkettete, hoffte er zugleich, die Bundesrepublik aus der gefährlichen Bindung an das gaullistische Frankreich zu lösen. Und die «*Neue Zürcher Zeitung*» (Nr. 2778) hat wohl nicht Unrecht, wenn sie glaubt, daß ihm das so ziemlich gelungen sei: «Die Aussicht, daß die Bundesrepublik sich von der weltpolitischen Konzeption der Vereinigten Staaten abwenden, sich sogar mit dem gaullistischen Frankreich zusammenschließen und seine Aspirationen unterstützen werde, ist dahingeschwunden . . . Die amerikanische Gegenoffensive zur Eindämmung der gaullistischen Politik in Europa wirkt dann am überzeugendsten, wenn die Vereinigten Staaten die politisch-militärische Front gegen den Sowjetkommunismus aufrechterhalten und sich darin auch durch den Vorwurf des Kalten Krieges nicht beirren lassen.»

Die «Friedenspolitik», die Kennedy angeblich betreibt, ist damit eindeutig als *Bluff* gekennzeichnet. Westdeutschland andererseits sieht sein politisches Gewicht durch die Unterstreichung der alten, von Truman und Dulles über Eisenhower zu Kennedy führenden Linie der USA-Politik wesentlich vermehrt. Für den Fall aber, daß diese Linie doch irgendeinmal abgelenkt werden sollte, hält Bonn immer noch die Verbindung mit Paris in Bereitschaft, mit deren Nutzbarmachung

es drohen kann, um Washington wieder auf den «rechten Weg» zu zwingen. Daß diese Drohung wirkt, sieht man schon jetzt, wo in Moskau Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Westmächten und den Staaten des Warschauer Vertrags geführt werden. Die angelsächsischen Mächte weigern sich entschieden, mit einem förmlichen Nichtangriffspakt mittelbar die DDR anzuerkennen, wollen vielmehr höchstens eine Nichtangriffs-«Erklärung» ohne Anerkennung der DDR in Betracht ziehen, wenn sie dafür eine ihnen zusagende Lösung der Berlinfrage eintauschen könnten. All das mit Rücksicht auf Westdeutschland, für das die Aufrechterhaltung Westberlins als Pfahl im Fleische Ostdeutschlands, die Auflösung der DDR und eine «aktive» Osteuropapolitik unantastbare Bestandteile seiner ganzen Außenpolitik sind, zu der natürlich auch noch die zäh erstrebte Mitverfügung der Bundesrepublik über die westmächtlichen Atomwaffen gehört. Man sieht, was aus Kennedys «Friedensstrategie» werden soll: die Verschärfung des Kalten Krieges mit den unabsehbar schweren Gefahren, die sich daraus entwickeln müssen.*

USA-Neger im Kampf Inzwischen entwickelt sich in den Vereinigten Staaten selber eine gefährliche Lage im Zusammenhang mit dem verschärften Kampf der *Neger* — besonders der im «tiefen Süden» der Union lebenden — um ihre Gleichstellung mit den Weißen. (Von den anderen Fragen, die die Regierung Kennedy bedrängen — Außenhandelsschwierigkeiten, übermäßige Beanspruchung der Bundesfinanzen, Schwächung des Dollars, Steuersenkung usw. — sei hier noch gar nicht geredet.) Im Februarheft der «Neuen Wege» habe ich anhand amerikanischer Quellen bereits zu zeigen versucht, welche revolutionäre Möglichkeiten diesem Kampf innewohnen. Die seitherigen Ereignisse haben diese Möglichkeiten noch klarer hervortreten lassen. Präsident Kennedy hat zwar dem Kongreß eine «Bürgerrechtsvorlage» zugeleitet, die den schwar-

* Die Gerüchte über eine Annäherung zwischen Kennedy und Chruschtschew wollen trotzdem nicht verstummen. Der geheime Briefwechsel, der zwischen den beiden Staatsmännern seit der Kubakrise im Gang sei, umfasse bereits mehr als 40 Schriftstücke. Aber es ist schwer zu sehen, worauf sich eine amerikanisch-sowjetische Verständigung beziehen soll, solange sich die Vereinigten Staaten hinter die abenteuerliche Bonner Ostpolitik stellen. Nur über *China* scheinen sich Moskau und Washington einig. «Beide», so stellt «US News & World Report» (15. Juli) fest, «sähen es gern, daß die rotchinesischen Führer eine Ohrfeige kriegen. Die Theorie Washingtons scheint zu sein, daß die Vereinigten Staaten erst wirklich mit Moskau ins Geschäft kommen können, wenn der Streit zwischen Moskau und Peking zu einem dauernden Bruch führt.» Das heißt wohl: In Amerika hofft man, China werde durch einen Bruch mit der Sowjetunion weltpolitisch isoliert und besonders weiterhin aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen bleiben. Die Stellung der USA würde dadurch — so erwartet man — nicht nur in Asien, sondern auch innerhalb der UNO neugestärkt und der Einfluß der antiimperialistischen Kräfte entsprechend geschwächt werden. Keine dumme Rechnung! Aber es ist schwer zu glauben, daß die Sowjetführung mithelfen werde, sie aufgehen zu lassen...

zen Amerikanern freien Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen und Anlagen, zu Restaurants, Theatern und dergleichen sowie in begrenzter Art auch zu Arbeitsplätzen gewähren will, die ihnen jetzt ebenso verschlossen sind wie fast alle Kommandostellen in der Wehrmacht. Aber so revolutionär diese Vorlage im Blick auf die bisherige Rassentrennung auch erscheinen mag, so konservativ ist sie tatsächlich immer noch in den Augen der Masse der Negerbevölkerung, die immerhin 14 Millionen Menschen umfaßt. Denn innerhalb der Negerschaft vollzieht sich immer deutlicher eine Umschichtung, deren Tragweite kaum zu ermessen ist. Es sind nicht nur die Mittel- und Oberschichten des Negervolkes, die um ihre *rechtliche* und politische Gleichstellung mit den Weißen kämpfen und dabei — mit sichtlichem Erfolg — ausgesprochen gewaltlose Kampfmittel anwenden. Mehr und mehr treten die untersten, am stärksten proletarisierten Schichten in den Vordergrund, um den Weg für ihren *wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg* freizumachen. Vor allem natürlich im weithin unterentwickelten Süden mit seinen Elendsgebieten. Wie dort die Lage ist, beschreibt der Negerjournalist Carl Bloice aus San Francisco in den Kölner «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Juniheft):

«Das Pro-Kopf-Einkommen in den Staaten des tiefen Südens . . . beträgt 1492 Dollar (als soziales Existenzminimum für eine Durchschnittsfamilie gelten in den USA rund 6000 Dollar. H. K.). Es gibt dort 1,1 Millionen Fabrikarbeiter; Gewerkschaften fehlen fast völlig, und die Arbeitsbedingungen sind miserabel. Der Arbeitslohn dieser Arbeiter liegt weit unter dem nationalen Durchschnitt. Arbeitslosigkeit ist ein aktuelles Problem.» Im Gegensatz dazu «machen die lokalen und auswärtigen Besitzer großer Plantagen und gewaltige amerikanische Trusts als Besitzer von Industrien und Spinnereien in den Südstaaten jedes Jahr riesige Gewinne. Ein großer Teil des Profits beruht auf der Unterbezahlung der Neger und der weißen Landarbeiter. In Birmingham ist die örtliche Stahlindustrie, die das Leben der Stadt beherrscht, im Besitz und unter der Leitung der Tennessee Coal and Iron Company. Es gibt zwar Gewerkschaften, ihre Ortsgruppen stehen aber unter der Kontrolle von Ku-Klux-Klan-Elementen.»

Gerade in Birmingham ist aus dem Elendsproletariat heraus in der Nacht vom 11. zum 12. Mai dieses Jahres jener *offene Angriff auf die Polizei* — das tödlich gehaßte Werkzeug der «Herrenrasse» — erfolgt, der auf die weiße Oberschicht wie ein Erdbeben wirkte. Noch vor kurzer Zeit wäre ein solcher Aufruhr mit einem Gemetzel unter den Schwarzen oder mindestens mit «abschreckenden» Lynchmorden beantwortet worden. Jetzt geschah nichts dergleichen. Die Herrschenden wissen, daß die proletarisierten Neger «nichts zu verlieren haben als ihre Ketten» und zu jedem Kampfmittel greifen werden, wenn die Not es zu erfordern scheint. Und die wirtschaftliche Lage der Neger in den Südstaaten *verschlechtert sich eben zusehends*, sicher im Vergleich mit derjenigen der Weißen, aber auch an und für sich genom-

men. Die Verwirklichung des «Bürgerrechts»-Programms der Bundesregierung und die Gewährung des Stimmrechts an breitere Neger-schichten (eine durchaus offene Möglichkeit) würde daran im Grund nichts ändern. Die Lage der Südneger würde dann nur immer mehr derjenigen ihrer Rassengenossen im Norden und Westen angeglichen, und die ist für die unteren Gruppen der schwarzen Bevölkerung heute schlechter als noch vor fünf oder zehn Jahren. Was John Morgan im «New Statesman» (5. Juli) über die Not der unter- und unbeschäftigten Arbeiter in den Vereinigten Staaten überhaupt schreibt, gilt erst recht von den schwarzen Arbeitern:

«Verzweiflung ist jetzt der gewohnte Zustand von mehr als vier Millionen amerikanischer Arbeiter und ihren Familien, wenn sie Arbeit suchen, die es nicht gibt . . . Im reichsten Lande der Erde verlieren jede Woche 40 000 Menschen mehr ihre Arbeitslosenunterstützung und müssen von Überschuß-,Waren‘ wie Milchpulver, Erdnußbutter, Mais- und Weizenmehl leben . . . Die Arbeitslosigkeitsfrage in den Vereinigten Staaten ist jetzt das ernsteste Problem, mit dem die Regierung Kennedy im Inland zu tun hat. Es ist ein Problem, das auch die Rassenfrage in sich begreift, denn es wird jetzt klarer, daß zwar Fragen der Rassentrennung die *bürgerlichen* Neger beschäftigen, aber die Armut und Hoffnungslosigkeit der schwarzen *Arbeiterschaft* der Stoff ist, mit dem das nächste Mal die Scheiterhaufen errichtet werden.» Die Arbeitslosigkeit, so stellt Morgan fest, lastet schwer auf der ganzen amerikanischen Arbeiterschaft, besonders als Folge der fortschreitenden Mechanisierung und Automatisierung der Industrie. «Jedes Jahr werden anderthalb Millionen Männer und Frauen durch Maschinen ersetzt . . . Gleichzeitig kommt eine wachsende Zahl junger Menschen auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahl ist unter diesen höher als in der großen Krise (der dreißiger Jahre. H. K.) . . . Während beispielsweise die Arbeitslosenrate im Landesdurchschnitt gegenwärtig 5,9 Prozent beträgt, ist sie bei jungen Weißen 16 Prozent. Bei jungen Negern ist sie 33 Prozent. Bei den erwachsenen Weißen ist sie knapp unter 5 Prozent. Die entsprechende Zahl bei den Negern ist 10 Prozent.»

Fügen wir dem noch hinzu, daß nach der amtlichen Wohnungszählung von 1960 nicht weniger als 45 Prozent der insgesamt 5,1 Millionen Wohnungseinheiten der Negerbevölkerung der USA, nämlich 2,3 Millionen, baufällig sind, keinen eigenen Abort, kein fließendes Wasser und keinen Badraum haben, so rundet sich das düstere Bild der sozialen Lage der nordamerikanischen Schwarzen vollends ab.

Daß solche Zustände die Rassengegensätze verschärfen, versteht sich von selbst. Aber kein Bürgerrechtsgesetz vermag sie dauernd zu mildern — auch wenn Kennedys Programm sich vollständig durchsetzen ließe. Und davon ist es noch weit entfernt. Käme es wirklich zur rechtlichen und politischen Gleichstellung der Neger mit den Weißen, so würde damit die ganze Wirtschafts- und Klassenordnung,

mindestens des Südens, umgestürzt. Und dagegen wehrt sich die Mehrheit im Bundesparlament, die aus reaktionären Süddemokraten und konservativen Nordrepublikanern besteht, mit Händen und Füßen. Ob Kennedy mit diesem Widerstand fertig wird, bis die Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr fällig ist, erscheint unsicher, auch wenn es ihm gelingt, die ganze Stimmkraft der Negerbevölkerung für sich zu mobilisieren. In den Nord- und Randstaaten kommen eben 13 Weiße im stimmfähigen Alter auf einen Neger, in der Union als Ganzem neun und im Süden immerhin noch vier. Wenn also die Rassenfrage die große Frage bei den Präsidentschaftswahlen werden sollte, hätte Kennedy trotz Unterstützung durch die fortschrittlichen Kräfte und die meisten Gewerkschaften keinen leichten Stand. Und es ist noch sehr zweifelhaft, ob er die Entschlußkraft aufbringt, mit der herrschenden Klasse in den Südstaaten zu brechen, seine Partei zu spalten und seine Regierung auf eine neue Grundlage zu stellen. Dies um so mehr, als er noch nötiger als die liberalen Wählergruppen diejenigen Kräfte braucht, die die bürgerlich-kapitalistische Klassengesellschaft verteidigen, unter der gerade die Neger — in ihrer großen Masse wenigstens — am meisten leiden. Noch ist erst eine Minderheit unter den amerikanischen Schwarzen zu der Erkenntnis erwacht, daß es die «freie Wirtschaft» und die darauf gegründete Gesellschafts- und Staatsordnung ist, die für ihre Leiden verantwortlich gemacht werden muß. Aber diese Minderheit wird von Jahr zu Jahr stärker und kann sich zu einer Kraft auswachsen, die im Verein mit anderen radikalen Bewegungen den ganzen Bestand der politischen und sozialen Ordnungen in den Vereinigten Staaten ernsthaft in Frage stellen würde.

Die feindlichen Brüder Im Blick auf die Gesamtlage der Welt ist aber für *uns* doch wichtiger die große Auseinandersetzung, die sich gegenwärtig zwischen den *kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas* abspielt. Die Moskauer Gespräche der feindlichen Brüder sind zwar bis heute noch nicht abgeschlossen*, aber es kann dennoch kein Zweifel darüber obwalten, daß der Bruch zwischen Moskau und Peking Tatsache ist und die kommunistische Weltbewegung in zwei Teile zu zerfallen droht. Die beiden sich gegenüberstehenden Auffassungen über die Führung des Kampfes um Sozialismus und Frieden sind an sich durchaus nicht unvereinbar, besonders wenn man sich fortwährend auf das dialektische Denkschema — Entwicklung in Gegensätzen, die sich in einer höheren Einheit auflösen — beruft. Aber aus verschiedenen Gründen, vorab wegen der ungleichen Lage, in der sich die Sowjetunion und die Chinesische Volksrepublik befinden, hat die ganze Auseinandersetzung derart abstoßende und giftige Formen angenommen,

* Inzwischen sind sie ohne offenen «Krach» vertagt worden und die chinesischen Unterhändler sind nach Peking zurückgeflogen (22. Juli).

daß die Möglichkeiten einer echten Koexistenz der Streitparteien kaum mehr ernsthaft erforscht zu werden scheinen. Um so notwendiger dünkt es uns, sich erneut und so unvoreingenommen wie möglich über die Hauptpunkte klar zu werden, die die sowjetische Auffassung und Verhaltensweise von derjenigen der Chinesen trennen.

Der entscheidende sachliche Gegensatz ist, wenn man alles Zweit- und Drittwichtige einmal wegläßt, der folgende: Die *Russen* (und die meisten nichtasiatischen Kommunisten) erklären als vordringlichste Aufgabe im gegenwärtigen Zeitabschnitt die Vermeidung eines neuen Weltkrieges; davon hänge das ganze Weiterleben einer gesitteten Menschheit und namentlich auch die Zukunft des Sozialismus ab. Die *Chinesen* andererseits (und die mit ihnen einigen Kommunisten der übrigen Welt) stellen in den Vordergrund den revolutionären Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus und machen von seinem Erfolg nicht nur die Durchsetzung einer sozialistischen Ordnung im Weltmaßstab abhängig, sondern auch die Vermeidung eines neuen Großkrieges und die Sicherung des Völkerfriedens.

Die Sowjetführung will also einen dritten Weltkrieg — der ein atomarer Krieg werden müßte — fast um jeden Preis vermieden wissen; kein «höherer» Zweck kann nach ihrer Überzeugung eine Politik rechtfertigen, die einen solchen Krieg in Kauf zu nehmen bereit wäre, weder die Sicherung der heute sozialistisch und kommunistisch regierten Staaten noch der endgültige Durchbruch der sozialen und nationalen Befreiungsbewegung in den unterentwickelten, halb- oder ganzkolonialen Ländern. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine *Verständigung mit der kapitalistisch-bürgerlichen Welt* über das friedliche Zusammenleben von Ländern mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen und über vollständige Abrüstung zu erstreben und andererseits den Kampf um die Sicherung und Ausbreitung des Sozialismus wie für die Befreiung der unterentwickelten Völker von imperialistischer und kolonialer Ausbeutung mit möglichst friedlichen Mitteln zu führen. Diese Ziele, so glauben die Russen, seien durchaus erreichbar. Vermehrte Fühlungnahme zwischen Ost- und Westblock und *rechtzeitige* Entschärfung drohender Konflikte, wie ein solcher plötzlich um Kuba aufbrach, könnten das Schlimmste verhindern und der Sowjetunion die Wahl ersparen, entweder neue demütigende Rückzüge wie in der Kuba-Krise antreten zu müssen oder aber einen Atomkrieg zu riskieren, bei dem sie alles zu verlieren hätte. Die Einrichtung einer direkten Telefonlinie zwischen Moskau und Washington sei bereits ein erster Schritt auf diesem Weg. Von einer Abschwächung des Kampfes gegen die kapitalistische Klassenherrschaft auf nationaler wie internationaler Ebene sei trotzdem keine Rede. Diejenigen, die auch auf ideologischem (weltanschaulichem) Gebiet eine friedliche Koexistenz erstreben, sind, wie Chruschtschew am 21. Juni dieses Jahres vor einem Ausschuß des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sagte, «Verräter am Sozialismus und Kommunismus». «Diejenigen

aber», so fuhr er fort, «die den Grundsatz der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung, den Grundsatz des friedlichen Wettbewerbs, ablehnen, beweisen damit, daß sie der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse nicht vertrauen, daß sie die wunderwirkende Macht der marxistisch-leninistischen Ideologie verkennen.»

Ausführlich begründete Chruschtschew die Notwendigkeit der Koexistenzpolitik besonders in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet der Sowjetunion vom 12. Dezember 1962. Hier ein paar wesentliche Abschnitte daraus:

«Die Welt lebt heute gleichsam auf einem verminten, mit Kernwaffen vollgestopften Keller. Die Menschheit in unserer Zeit hat die Wahl: friedliche Koexistenz oder Vernichtungskrieg. Aber die Bevölkerung keines einzigen Staates braucht eine Kriegskatastrophe . . . Folglich bleibt nur eines übrig: die friedliche Koexistenz. Und das bedeutet: Auf den Krieg zwischen den Staaten als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen verzichten, sie auf dem Wege von Verhandlungen regeln.»

Gleichzeitig müsse allerdings der Kampf gegen den Imperialismus weitergeführt werden. «Wir tragen in jeder Weise zur Festigung der unabhängigen Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika bei, unterstützen von ganzem Herzen, auf brüderliche Weise, die gewaltige nationale Befreiungsbewegung. Wir lassen es nicht an Anstrengungen fehlen, um das schädliche System des Kolonialismus mit der Wurzel zu beseitigen.» Dabei dürfe man aber nicht den «Besessenen» in den herrschenden Kreisen der Vereinigten Staaten einen Vorwand liefern, um einen Krieg gegen die Länder des sozialistischen Lagers zu entfesseln. Dieser Gesichtspunkt habe die Politik der Sowjetunion in der Kubakrise bestimmt. «Ist es denn nicht klar, daß wir, wenn wir eine kompromißlose Haltung eingenommen hätten, nur dem Lager der «Besessenen» geholfen hätten, die Lage auszunützen, um einen Schlag gegen Kuba zu führen und einen Weltkrieg vom Zaum zu brechen?» Auch die Chinesen seien ja vorsichtig in ihrem Kampf gegen den Imperialismus, obwohl zum Beispiel die Portugiesen mit Macao und die Engländer mit Hongkong Kolonien auf chinesischem Boden hätten. (Das gleiche gilt, so fügen wir bei, von ihrem Kampf um die Zurückgewinnung Formosas.)

Lenin habe 1917 gegen Trotzki's Widerstand einen harten Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet, um die Revolution zu retten. Aber heute wollten die (chinesischen) «Dogmatiker» der Sowjetunion gerade eine Politik aufzwingen, wie sie Trotzki betrieben habe, und sie auf den Weg eines Weltkrieges drängen. Vielleicht seien sie eben der Ansicht, «daß man nur über einen Krieg, durch die Vernichtung von Millionen Menschen, zum Kommunismus gelangen könne», eine «Tollheit», die die Sowjetunion aber nicht mitmachen werde. Diese «Dogmatiker und Sektierer» wollten nur «den Personen-

kult um Stalin wieder auf den Schild heben»; sie hätten tatsächlich «mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen und führten mit linksradikalen Schlagworten und pseudorevolutionären Phrasen ihren Kampf gegen die Leninsche Politik des Friedens und der friedlichen Koexistenz». Ihre sektiererische Krankheit werde «vom Nationalismus genährt» und nähere ihrerseits den Nationalismus. Und Chruschtschew schloß: «Die sowjetischen Kommunisten, für die die Einheit der Reihen der kommunistischen Weltbewegung über allem steht, werden sowohl gegen den rechten als auch gegen den linken Opportunismus, der heute nicht weniger gefährlich ist als der Revisionismus, einen entschiedenen Kampf führen.»*

Die Chinesen trumpfen auf Die chinesische Auffassung ist wohl am klarsten und planmäßigsten entwickelt in der Denkschrift des ZK der Kommunistischen Partei Chinas vom 14. Juni 1963, die den Titel trägt: «Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung» und in 25 Abschnitten auf den Brief des ZK der KP Sowjetunion vom 30. März dieses Jahres antwortet. Wenn keine andere Quelle angegeben, stammen die folgenden Anführungen aus diesem bemerkenswerten Schriftstück.

Entscheidend für die Chinesen ist hier die Feststellung, daß der *Kampf gegen den Kapitalismus und den Imperialismus* (nach Lenin bekanntlich die letzte Stufe des Kapitalismus) den Vorrang vor allen anderen Aufgaben des Weltkommunismus haben müsse. Im besonderen gebe es keinen wirklichen Frieden, solange der Imperialismus bestehe. Die chinesische Parteileitung beruft sich dabei auf die Erklärungen, die am Schluß der beiden Moskauer Konferenzen der kommunistischen Parteien aller Länder von 1957 und 1960 erlassen worden sind. «Diese Generallinie ist eine Linie, mit der die Völker aller Länder entschlossen den revolutionären Kampf führen und die proletarische Weltrevolution bis zu Ende führen; zugleich ist sie die Linie, auf der der Imperialismus am wirksamsten bekämpft und der Weltfrieden verteidigt wird. Wenn die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung einseitig nur auf ‚friedliche Koexistenz‘, ‚friedlichen Wettbewerb‘ oder ‚friedlichen Übergang‘ zurückgeführt wird . . ., dann wird die historische Mission der proletarischen Weltrevolution aufgegeben.»

«Manche Leute (gemeint sind immer die Führer der russischen Kommunisten) übertreiben einseitig die Rolle des friedlichen Wett-

* Nach der Niederschrift der obenstehenden Darstellung wird die Erklärung des ZK der KP Sowjetunion vom 13. Juli bekannt, die ebenfalls den sowjetischen Standpunkt zusammenfassend umreißt. Sie trägt indessen nichts Neues zum Verständnis der russischen Haltung bei, es sei denn die offene Bezeichnung, die Chinesen wollten den anderen kommunistischen Parteien die Ideologie und die Führungsmethoden des Stalinismus aufzwingen, was wohl heißen soll, sie verlangten die Absetzung Chruschtschews und seiner Anhänger von ihren Parteiamtern.

bewerbs der sozialistischen mit den imperialistischen Staaten; sie wollen den revolutionären Kampf aller geknechteten Massen und unterdrückten Nationen durch den friedlichen Wettbewerb ersetzen. Ihren Predigten nach würde es scheinen, daß bei einem solchen friedlichen Wettbewerb der Imperialismus automatisch zusammenbrechen wird und die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen nur ruhig auf diesen Tag zu warten brauchen. Hat das noch irgendetwas mit marxistisch-leninistischen Anschauungen zu tun?»

Die Chinesen behaupten nicht, daß ein dritter Weltkrieg unvermeidlich sei; sie sind sogar mit einer begrenzten Koexistenz sozialistischer und kapitalistischer Länder einverstanden. Lenin selbst, so betonen sie, hat den Grundsatz der friedlichen Koexistenz zuerst aufgestellt. Eine Politik der friedlichen Koexistenz begünstigt zwar «die Schaffung einer friedlichen internationalen Umwelt für den sozialistischen Aufbau, ist günstig, um die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik aufzudecken und die imperialistischen Angreifer und Kriegstreiber zu isolieren. Wenn aber die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die friedliche Koexistenz beschränkt wird, ist die richtige Behandlung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten ebenso unmöglich wie die richtige Behandlung der Beziehungen der sozialistischen Staaten mit den unterdrückten Völkern und Nationen. Deshalb ist es falsch, die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten zu machen.»

Die Chinesen geben durchaus zu, daß es auf Grund der militärischen Stärke der sozialistischen Staaten möglich ist, die imperialistischen Staaten von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu verzichten. «Die Kommunistische Partei Chinas war immer der Ansicht, daß Kernwaffen eine unvergleichliche Zerstörungskraft haben und daß die Menschheit nie erlebte Verwüstungen erleiden wird, sollte ein Atomkrieg ausbrechen. Eben deshalb waren wir immer für die *vollständige Achtung der Kernwaffen*.» Die KP Chinas war darum «immer der Meinung, es sei möglich, zu einem Abkommen über das völlige Verbot der Kernwaffen zu gelangen». (Zweite Antwort an Togliatti, Seite 80 und 82.) Aber, so betonen sie, es ist «ganz einfach eine Illusion», zu glauben, «daß man, obwohl das imperialistische System und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen noch fortbestehen, durch allgemeine, vollständige Abrüstung ‚eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege‘ herbeiführen könne . . . Lenin hat gesagt: ‚Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher *dann — aber nicht früher* — tun wird.‘»

Der revolutionäre Kampf Wie soll nun der revolutionäre Kampf gegen den Imperialismus geführt werden? Die Chinesen antworten: Auf allen Stufen und mit allen Mitteln.

Da aber die unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas «das schwächste Glied in der imperialistischen Kette» seien, so müsse das Schwergewicht des Kampfes gegen den Imperialismus *auf den Befreiungskampf dieser Länder* gelegt werden. «In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung ab . . . Ohne ein Bündnis mit den unterdrückten Nationen, ohne die Befreiung der unterdrückten Nationen wird es der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas unmöglich sein, ihre eigene Befreiung zu erreichen.» Aber leider gebe es in den kommunistischen Reihen Leute, die «bemüht sind, die Trennungslinie zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten zu verwischen, die revolutionären Kämpfe der Völker in diesen Gebieten niederzuhalten». Es gebe «gewisse Leute, die dem Befreiungskampf der unterdrückten Nationen gegenüber sogar eine passive, verächtliche oder negative Haltung einnehmen, die in Wirklichkeit die Interessen der Monopolbourgeoisie wahren, die Interessen des Proletariats verraten und zu Sozialdemokraten herabgesunken sind».

Die gleichen Leute brächten die Behauptung vor, ein nationaler Befreiungs- oder revolutionärer Volkskrieg könne einmal zu einem alles vernichtenden Weltkrieg führen. Tatsächlich aber hätten «die zahlreichen nationalen Befreiungs- und revolutionären Volkskriege seit dem Zweiten Weltkrieg zu keinem Weltkrieg geführt. Die in diesen revolutionären Kriegen errungenen Siege haben die Macht des Imperialismus direkt geschwächt und die Kräfte, die den Imperialismus an der Entfesselung eines neuen Weltkrieges hindern und den Weltfrieden verteidigen können, beträchtlich verstärkt». In der Kubakrise, so liest man in den chinesischen Anklageschriften, sei es jedenfalls die Sowjetunion gewesen, die eine Gefahr für den Frieden heraufbeschworen habe; sie habe unnötigerweise Raketen in Kuba aufgestellt, um die Amerikaner von einem Angriff abzuschrecken, statt sich vor allem auf den Verteidigungswillen des kubanischen Volkes, das Verdammungsurteil der Weltmeinung und die Empörung Lateinamerikas als Abschreckungsmittel zu verlassen. Die Chinesen hätten auch nichts gegen die Zurückziehung der Raketen aus Kuba gehabt, wohl aber gegen ihre Entfernung über den Kopf der Kubaner weg.

Vollends unsinnig sei die Behauptung, China wolle den Sozialismus *mit Hilfe von Kriegen* zwischen Staaten ausbreiten. «Auf Grund der Geschichte der beiden Weltkriege haben die Marxisten-Leninisten betont, daß ein Weltkrieg unausweichlich die Revolution nach sich ziehe. Aber kein Marxist-Leninist hat jemals behauptet oder wird je behaupten, daß die Revolution mit Hilfe eines Weltkrieges vollzogen werden müsse.» Daß der Kommunismus einen dritten Weltkrieg überleben, der Kapitalismus in ihm aber endgültig zusammenbrechen würde, das ist allerdings von chinesischer Seite immer wieder behauptet worden.

Auch die Atomkriegstechnik, so glaubt man in China, werde den notwendigen Endsieg des Kommunismus nicht verhindern. Wir waren, so sagt das Organ des ZK der chinesischen Kommunisten, die «Rote Fahne», in seiner zweiten Antwort an Togliatti (Seite 80), «immer der Meinung, daß Atomwaffen keineswegs die Gesetze, die die historische Entwicklung der Gesellschaft bestimmen, ändern können, daß sie nicht den letztlichen Ausgang eines Krieges bestimmen können, daß sie nicht den Imperialismus von seinem Untergang retten oder das Proletariat, die Völker aller Länder und die unterdrückten Nationen daran hindern können, den Sieg in der Revolution davonzutragen.»

Unter einer Bedingung freilich: daß der revolutionäre Kampf der proletarischen Klassen und des sozialistischen Lagers, in dem heute eine Milliarde Menschen oder ein Drittel der Weltbevölkerung stehen, in voller Einigkeit und mit ganzer Kraft bis zum Ende durchgeföhrt werde. In den kapitalistischen Ländern im besonderen müsse der Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei in Form der *Diktatur des Proletariats* geführt werden. «Arbeiterklasse und Werktätige müssen ihren Kampf *in erster Linie gegen den Imperialismus der Vereinigten Staaten* richten, dann aber auch gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen . . . In der Tat gibt es bis heute in der Weltgeschichte kein einziges Beispiel für den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.» Die Partei des Proletariats muß dabei gewiß eine geschmeidige Taktik anwenden: sich auf eine friedliche Entwicklung der Revolution vorbereiten und gleichzeitig doch sich ausreichend auf eine nichtfriedliche Entwicklung der Revolution vorbereiten.

Nichts wäre nach chinesischer Auffassung verhängnisvoller, als wenn revisionistische Lehren die Diktatur des Proletariats verhindern oder sie aufweichen würden. «Was wird geschehen, wenn noch vor dem Eintritt in die höhere Phase des Kommunismus auf halbem Wege die Partei des Proletariats bereits als ‚Partei des ganzen Volkes‘ erklärt und ihr proletarischer Klassencharakter geleugnet wird? . . . Werden dadurch nicht das Proletariat und alle Werktätigen organisatorisch und ideologisch entwaffnet, und ist das nicht das gleiche, wie bei der Wiederherstellung des Kapitalismus Hilfe zu leisten?»

Weiter: «Mit ihrem lauten Geschrei über ‚Kampf gegen den Personenkult‘ verunglimpfen gewisse Leute in Wirklichkeit mit allen Mitteln die proletarische Partei und die Diktatur des Proletariats. Zugleich übertreiben sie bei weitem die Rolle, die gewisse Personen spielen, schieben anderen alle Fehler zu und rechnen sich selbst alle Verdienste an. Noch schlimmer ist, daß gewisse Leute . . . sich auf plumpe Weise in die inneren Angelegenheiten von Bruderparteien und -ländern einmischen, bei Bruderparteien einen Wechsel in der Führung mit Gewalt durchsetzen wollen, um ihre eigene falsche Linie den Bruderparteien aufzuzwingen. Was ist das alles, wenn nicht Großmacht-Chauvinismus, Sektierertum und Spaltertum? . . . Jedes sozialistische

Land muß sich beim Aufbau hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte stützen.»

Hauptaufgabe der kommunistischen Bewegung — so wird gegen den Schluß des «Vorschlags zur Generallinie» nochmals unterstrichen — bleibt «ein kompromißloser Kampf gegen den Opportunismus jeder Art». Ihre Hauptgefahr ist der «*Rechtsopportunismus*», der Revisionismus, dessen typisches Beispiel Jugoslawien ist, den aber «gewisse Leute» (in Moskau!) «in die sozialistische Gemeinschaft und in die Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung einzuführen» suchen. «Wenn eine Partei keine proletarische revolutionäre, sondern eine bürgerlich-reformistische Partei ist . . ., eine solche Partei ist absolut unfähig, das Proletariat und die Volksmassen im revolutionären Kampf zu führen, absolut unfähig, den Sieg in der Revolution zu erringen, absolut unfähig, die große historische Aufgabe des Proletariats zu erfüllen.»

Wer hat recht? Und nun also: Wo ist die Wahrheit, wo ist das Recht in dem Streit der beiden feindlichen Brüder? Zunächst darf man wohl sagen: Für Marxisten hat die Beweisführung der Chinesen mit ihrer scharfen dogmatischen Logik etwas Bestechendes; auf dem von ihnen gewählten Fechtboden haben die Sowjetkommunisten einen schweren Stand, wenn sie beweisen wollen, daß sie die einzig rechtgläubigen Marxisten-Leninisten seien. Aber auch vom allgemein-sozialistischen Standpunkt aus gesehen liegt in ihren Behauptungen und Anklagen ein gutes Stück Wahrheit. Es ist richtig, daß der Kampf für eine ganz gründliche soziale Umwälzung eine der großen, der dringlichen Aufgaben unserer Zeit ist. Es ist richtig, daß dabei die gewaltige Befreiungsbewegung der unterentwickelten Völker und ihre Unterstützung eine Hauptrolle spielen muß. Es ist richtig, daß im Kapitalismus und Kolonialismus stärkste Kräfte am Werk sind, die gewollt und ungewollt auf einen dritten Weltkrieg hindrängen und sich aller wirklichen Abrüstung in den Weg stellen.

Aber das ist doch nur die eine Seite unserer Lage. Die andere ist, daß innerhalb der kapitalistischen Welt und ihrer Oberschicht auch Kräfte wirken, die ihren Vorteil nicht im Krieg, sondern im Frieden und in der Abrüstung sehen. Sogar die Rüstungsinteressenten und politischen Scharfmacher wollen zu einem guten Teil nicht den «heißen Krieg», der für sie und ihre ganze Welt den Untergang bedeuten müßte; sie wollen nur die Fortführung des *Kalten Krieges* und die Aufrechterhaltung der internationalen Hochspannung, mit der sie ihre besten Geschäfte zu machen glauben. Darüber hinaus aber hat die Bewegung gegen den Krieg und die Kriegsrüstungen, vor allem gegen die Bereitstellung von Atomwaffen, in der ganzen bürgerlichen Welt einen derartigen Umfang und Einfluß gewonnen, daß im Bund mit ihr die eigentlich sozialistischen Friedenskräfte ernsthafte Aussichten haben, den Widerstand der Aufrüster und Heimkrieger zu brechen.

Es ist eben einfach nicht wahr, daß Krieg und Kriegsrüstung *nur* ein Ausdruck der kapitalistischen Profitwirtschaft und Klassenherrschaft sind. Sie sind mindestens ebenso sehr Ausdruck der Herrschaft des *Gewaltglaubens*, der in *allen* Lagern, auch im marxistisch-leninistischen Lager, so verhängnisvoll lebendig ist und unabhängig von Klasseninteressen eine unheimliche Eigengesetzlichkeit entwickelt, also nicht nur Folge, sondern großenteils auch Ursache der internationalen Spannungen geworden ist. Das gibt dem Kampf gegen den Krieg, der gegen die ganze Dschungelmoral unserer Zeit geführt werden muß, seinen wirksamsten Antrieb und seine größte Erfolgsaussicht. Ins gleiche Kapitel gehört der Kampf gegen den Kolonialismus und für die Befreiung der von ihm niedergehaltenen Völker; der rasch fortschreitende Verzicht der Kolonialstaaten auf ihre überseeischen Besitzungen ist auch ein Erfolg des *sittlichen* Widerstandes gegen die Ausbeutung der unterentwickelten Völker, wenn auch mit der bloßen Gewinnung der *politischen* Unabhängigkeit für diese Nationen noch lange nicht alles getan ist.

Das alles gibt dem Vertrauen auf einen Sieg der Friedens- und Freiheitskräfte *ohne* einen neuen Weltkrieg fortdauernd Nahrung und Berechtigung. Und die Chinesen geben ja selber zu, daß eine begrenzte friedliche Koexistenz von kapitalistischer und sozialistischer Welt wie auch eine gewisse Teilabrüstung schon jetzt durchaus denkbar und möglich sei. Ja, wenn sie sogar eine Ächtung der Atomwaffen für durchsetzbar erachten, warum sollte dann nicht eine *Gesamtabrüstung* zu erreichen sein, wäre doch ohne Atomwaffen ein dritter Weltkrieg überhaupt nicht mehr möglich? Und das würde dann heißen, daß mit dem Wegfall der Kriegsrüstungen eines der schwersten Hindernisse für die Ausbreitung sozialistischer Ordnungen über die ganze Welt hin und eines der mächtigsten Bollwerke kapitalistischer Klassenherrschaft dahinfallen würde, wie ich an dieser Stelle wiederholt dargelegt habe.

Es ist auf jeden Fall ungerecht, die Sowjetunion und ihre Parteigänger zu beschuldigen, sie wollten eine auf den Durchbruch des Sozialismus gerichtete Außenpolitik einfach durch eine Politik der Koexistenz ersetzen, die dem Imperialismus und dem Monopolkapitalismus zugute käme. Richtig ist freilich, daß sich die sowjetische Außenpolitik dem westmächtig-bürgerlichen Lager gegenüber zu vertrauensselig und zu nachgiebig zeigt, daß sie aus Furcht vor Verwicklungen mit ihm den Kampf der unterentwickelten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu wenig tatkräftig unterstützt und auch die Aufnahme Chinas in die Organisation der Vereinten Nationen zu lässig und zu vorsichtig betreibt. Und notwendig ist ganz sicher, den Kampf für eine sozialistische Umwälzung im Weltmaßstab entschlossener und zielklarer zu führen, als das auf sowjetischer Seite jetzt vielfach geschieht. Nur darf das nicht in der Meinung geschehen, daß der Kampf

gegen Krieg und Militärrüstung *allein* durch den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus gewonnen werden könne. Er muß auf *allen* Fronten und gegen *alle* Kriegsursachen geführt werden, so vordringlich auch die Notwendigkeit einer Überwindung der *kapitalistischen* Kriegskräfte erscheinen mag. Wir können nicht warten, bis der Sozialismus auch die Länder der «freien Wirtschaft» — die Vereinigten Staaten, Westdeutschland und Japan an der Spitze — erobert hat; bis dahin kann noch zehnmal ein Atomkrieg ausbrechen. Das eine tun und das andere nicht lassen, für friedliche Koexistenz und Abrüstung als unmittelbar, wenn auch nur vorläufig wirksame Mittel der Friedenssicherung kämpfen und gleichzeitig den langsamer vorwärtkommenden Kampf gegen die Kriegskräfte im Kapitalismus verschärfen — *das* ist die Friedensstrategie, die der wirklichen Weltlage am getreuesten entspricht. Und wenn die Sowjetpolitik *dieser* Linie folgt, wird sie grundsätzlich kaum angreifbar sein.

Aber ist nicht doch der Sowjetkommunismus bereits auf die abschüssige Bahn des bloßen sozialen *Reformismus*, auf den Weg des grundsatzlosen Sozialdemokratismus und des Titoismus geraten? Die Gefahr eines solchen Abgleitens besteht zweifellos. Das erklärt sich leicht aus der ganzen Lage der Sowjetunion. Sie hat ihre Revolution hinter sich; ihre Völker verlangen nach einem Zeitalter der Ruhe und des äußeren Friedens, um das riesige innere Aufbauwerk, in dem sie begriffen sind, weiterzuführen, ihre Lebenshaltung auf die Höhe der westlichen Nationen zu heben, die schweren Rüstungslasten, die die Entfaltung ihrer Wirtschaft niederdrücken, abzuschütteln und das Diktaturregiment nach Möglichkeit loszuwerden. Der sozialistische Geist aber ist, wie glaubwürdige Zeugen berichten, in der Sowjetunion bedenklich im Schwinden und macht mehr und mehr einer politischen Gleichgültigkeit Platz, die keinen revolutionären Schwung mehr aufkommen läßt. Was wunder, daß der westdeutsche Präsident Lübke am zehnten Jahrestag des ostdeutschen Putschversuches in einer Rede in München eine Lage voraussagte, in der die Sowjetunion ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur noch mit westlicher Hilfe werde meistern können und gezwungen sei, ihren Völkern Freiheit und Demokratie zu gewähren? Und was wunder, daß Chruschtschew bei seinem jüngsten Besuch in Ostberlin sozusagen die ausgestreckte Hand Lübkes ergriff, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Westdeutschen höchlich rühmte und den Wunsch der Sowjetunion «nach Zusammenarbeit mit Westdeutschland auf der Grundlage gegenseitigen Respektes und Vertrauens» ausdrückte?

Daß von dieser Art Koexistenzfreudigkeit für den sowjetischen Sozialismus ernste Gefahren drohen, ist, wie gesagt, nicht zu bestreiten. Aber ist nicht die Gefahr noch viel größer, daß die Chinesen die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen, die Möglichkeit einer Gesamt-*abrüstung* und die Drohung der Weltzerstörung durch einen Atom-

krieg sehr unterschätzen? Wenn sie sagen, die Atomkriegsgefahr werde auf imperialistischer Seite bewußt aufgebauscht, um die Befürworter revolutionärer Befreiungskriege einzuschüchtern, so erinnert das allzu bedenklich an die häufig gehörte Behauptung bürgerlicher Rüstungsanhänger, es seien umgekehrt die Kommunisten, die den Atomtod an die Wand malten, um die «freie Welt» zu entwaffnen. Auf jeden Fall erklärt sich auch die Haltung der Chinesen zur Frage von Krieg, Frieden und Revolution durch die Lage ihrer Republik, die noch mitten im harten Kampf um das Gelingen ihres sozialistischen Aufbaus steht und dabei mit der Feindschaft fast der ganzen kapitalistischen Welt, vorab der Vereinigten Staaten, zu ringen hat. Die Auseinandersetzung mit dem *amerikanischen Imperialismus*, der die Zerstörung der Volksrepublik China mit den gewaltigen, ihm zu Gebot stehenden Mitteln seit Jahr und Tag erstrebt, beherrscht dermaßen die chinesische Außenpolitik, daß es wohl verständlich ist, wenn die Chinesen das russische Bemühen um eine friedliche Verständigung mit ihrem Todfeind als unmittelbar gegen ihre höchsten Lebensnotwendigkeiten gerichtet empfinden*. In ähnlicher Lage sind die anderen unterentwickelten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die ebenfalls erst am Anfang ihres Befreiungsweges stehen und die Vereinigten Staaten als ihren Hauptgegner kennengelernt haben. Mit diesen Völkern fühlen sich die Chinesen naturgemäß ungleich enger verbunden als mit der «verbürgerlichten» Sowjetunion, und offenkundig gehen sie denn auch auf die Bildung und Führung einer *neuen kommunistischen Internationale* aus, die in Theorie und Praxis den «echten», den revolutionären Marxismus-Leninismus vertreten würde.

Die tatsächliche, wenn auch vielleicht nicht förmliche Spaltung im Weltkommunismus ist nach der ganzen Lage der Dinge wohl unvermeidbar. Nicht unvermeidbar aber ist die Gehässigkeit, mit der sich die Vormächte der beiden kommunistischen Lager bekämpfen, und der Mangel an gutem Willen, die wirklichen Beweggründe für die Haltung des anderen Teiles zu würdigen. Den Nutzen davon hat nur der wohlbekannte Dritte, der sich schon darauf freut, daß die Weltbewegung gegen Kapitalismus und Imperialismus auseinanderbrechen und der «Mythos» des Sozialismus endgültig zerfallen werde. Diese Genugtuung sollten die Streithähne auf beiden Seiten dem — wie sie immer wieder beteuern — gemeinsamen Gegner schon darum nicht geben, weil die sachlichen Gegensätze zwischen der russischen und der chinesischen Auffassung, wie ich zu zeigen versuchte, keineswegs unüberbrückbar sind, vielmehr durchaus eine Gesamtschau der Weltlage

* Es ist gewiß auch kein Zufall, daß die Moskauer «Iswestija» schon am 13. Juni den ungekürzten Wortlaut der «Friedensrede» Präsident Kennedys vom 10. Juni veröffentlicht hat. Der sowjetischen Bevölkerung sollte damit wohl bewiesen werden, daß der amerikanische Imperialismus der Vergangenheit angehöre und mindestens die Regierung Kennedy voll guter Absichten und ehrlichen Friedenswillens gegenüber der kommunistischen Welt sei . . .

möglich, ja nötig ist, die die Wahrheit in den beidseitigen Auffassungen anerkennt, ohne ihre Irrtümer zu teilen. Wenn trotzdem der Bruch zwischen Moskau und Peking vorderhand Tatsache zu werden scheint, so darum, weil beide Teile Anspruch auf dogmatische Unfehlbarkeit erheben und die beidseitigen Führungsgruppen innerhalb der kommunistischen Bewegung durch Jahrzehnte hindurch keine offene, freie Meinungsbildung zuließen, sondern jede Abweichung von dem, was «oben» als Wahrheit verkündet wurde, als Verrat und Abfall vom Sozialismus brandmarkten — und bestrafen. Daß es hier von Grund auf anders werden muß, ist — hoffentlich — durch den sowjetisch-chinesischen Grundsatzstreit ebenso klar geworden wie die Notwendigkeit, die sozialistische Friedensbewegung, ja die Sache des Sozialismus überhaupt auf die *sittliche* Wahrheit zu gründen, in der alle anderen Wahrheiten und Erkenntnisse eingeschlossen sind. Dann wird die Koexistenzpolitik über die Gefahr eines oberflächlichen «Rechtsopportunismus» ebenso sicher hinwegkommen, wie der revolutionäre Radikalismus der «Linken» seinen Gewaltglauben verlieren und für die noch lange nicht ausgeschöpften Möglichkeiten eines verhältnismäßig friedlichen Übergangs zum Sozialismus offene Augen bekommen wird.

17. Juli 1963

Hugo Kramer

Nachtrag Kurz vor der Fertigstellung dieses Heftes kommt der Bericht, daß sich die Vertreter der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion überraschend schnell in Moskau über die *Einstellung der Kernwaffenversuche* in der Luft, unter Wasser und im Weltraum (nicht auch unter der Erde) geeinigt haben. Endlich einmal ein erfreuliches Ereignis! Der Verseuchung von Luft und Wasser durch radioaktive Abfälle ist dadurch ein Ziel gesetzt, auch wenn Frankreich seine Versuche fortführt und andere Staaten solche neu anfangen sollten. Nur — eine *Abrüstungsmaßnahme* stellt das Moskauer Abkommen vom 25. Juli noch *nicht* dar. Die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 3037) hat diesmal leider recht: «Mit unterirdischen Versuchen kann die Aufrüstung ungestört fortgesetzt werden. Man weiß, daß besonders in Amerika eine Technik entwickelt worden ist, die es erlaubt, fast alle Waffensysteme . . . unter dem Erdboden zu erproben.» Außerdem haben die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion schon längst mehr als genug Fernwaffen, um sich gegenseitig (und damit die ganze Kulturmenschheit) zu vernichten. Daß die Russen dabei den Amerikanern an Zahl der verfügbaren Raketen weit unterlegen sind, spielt keine Rolle.

Die Hoffnung, ein Atomkrieg könne trotz diesem Wettrüsten doch noch vermieden werden, beruht also gemäß der herrschenden Ansicht nach wie vor auf der abschreckenden Wirkung der Kernwaffen, das

heißt auf der widersinnigen Annahme, der Frieden sei um so besser gesichert, je mehr die möglichen Gegner einander mit Vernichtung zu bedrohen imstande seien. Diesen Irrglauben zu zerstören und den Völkern die alte Wahrheit wirksam klarzumachen, daß Frieden nur die Frucht der Gerechtigkeit — vor allem der sozialen Gerechtigkeit — sein kann, das bleibt darum die entscheidende Aufgabe unserer Zeit.

H. K.

An unsere Abonnenten

Diesem Heft der «Neuen Wege» liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten unsere Abonnenten höflich, ihn zur Überweisung des Abonnementsbetrages für das 2. Halbjahr 1963 (Fr. 11.—) oder für das 3. Quartal 1963 (Fr. 5.50) zu benützen. Aus technischen Gründen liegt der Einzahlungsschein der ganzen Auflage bei. Für bereits einbezahlte Abonnementsbeträge danken wir herzlich, ebenso für die auf unsern Aufruf im Maiheft eingegangenen freiwilligen Beiträge in den Betriebsfonds. Wir bitten Sie um eifriges Werben für die «Neuen Wege». Probehefte stellt die Administration jederzeit gerne zur Verfügung.

Herbsttagung

der Religiös-sozialen Vereinigung und der Freunde der «Neuen Wege»
8. September 1963, 09.30 Uhr,
im Haus zum Korn, Birmensdorferstraße 67, 5. Stock
Vortrag von Herrn Prof. Dr. Albert J. Rasker, Oegstgeest, Holland

«Was können die Kirchen für den Frieden tun?»

Anschließend Diskussion
Gemeinsames Mittagessen in der «Freya»
Nachmittagsveranstaltung:
Prof. Alb. Rasker

«Christliche Existenz in kommunistischen Ländern»

Erfahrungen und Begegnungen / Mit einigen Lichtbildern

Wir erwarten unsere Freunde recht zahlreich an der Tagung